

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abohumentpreis monatlich 1 M., vierteljährlich 3 M.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M. — Ges. und Verhandlungsinserate kosten pro Seite 25 P. — Geschäftsinserate werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Hanßmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämlich in Bochum, Wiemelhäuser Straße 38—42. Telefon-Nr. 98 n. 89. Telegr.-Adr.: Altvorstand Bochum

Leistung und Leistungseffekt.

Der Leistungseffekt wird nicht allein bestimmt vom Grade der Leistung, sondern vielmehr von den Flözen, Gebirgs- und sonstigen Verhältnissen. Bei hoher Leistung kann der Leistungseffekt niedrig und bei niedriger Leistung hoch sein. Das ist allgemein bekannt und gilt ganz besonders im Bergbau. Trotzdem werden in der Werks- und sonstigen Presse Leistung und Leistungseffekt fast immer gleichgesehen. Das geschieht offensichtlich, um die Bergarbeiter als Hausherren hinzustellen, die nicht mehr arbeiten, sondern sich auf Kosten der Gesamtheit drücken wollen. Da wird z. B. mitgeteilt, daß die Leistung pro Arbeiter und Schicht von 0,5 auf 0,7, 0,6 oder gar 0,5 To. und noch weniger gesunken sei. In Wirklichkeit handelt es sich aber nicht um die Leistung, sondern um den Leistungseffekt, der in dieser Weise gesunken ist. Aber selbst wenn das auch zum Ausdruck gebracht wird, sind diese Zahlen mit größtem Vorbehalt aufzunehmen. Für die Ermittlung der Leistung gibt es keinen bestimmten einheitlichen Maßstab. Aber auch die Zahlen über den Leistungseffekt besagen in dieser Ausmachung nichts. Vergleichszahlen über den Leistungseffekt sind nur dann beweiskräftig, wenn sie unter genau denselben Verhältnissen und Voraussetzungen ermittelt wurden. Das ist aber völlig unmöglich.

Betrachten wir zunächst die gewaltige Verschiebung in der Zusammensetzung der Belegschaft, wie sie durch den Krieg verursacht wurde. Der Anteil der eigentlichen Bergarbeiter (Hauer und Lehrhauer) an der Gesamtbelegschaft betrug im Überbergamtbezirk Dortmund in den einzelnen Vierteljahren der Jahre 1913 bis einschließlich 1918 (in Prozent):

1. Viertel	2. Viertel	3. Viertel	4. Viertel
1913	50,8	50,8	50,8
1914	50,9	51,0	48,0
1915	45,9	45,9	45,8
1916	45,9	45,1	45,1
1917	46,5	46,0	46,9
1918	46,5	46,2	46,2

In den letzten 1½ Jahren vor dem Kriege betrug danach der Anteil der eigentlichen Bergarbeiter an der Gesamtbelegschaft immer über 50—51 Prozent. Während der Kriegszeit sank dieser Anteil dann allmählich bis auf 45,1 Prozent. Bei einer Gesamtbelegschaft von 405 183 im 2. Viertel 1914 betrug die Zahl der eigentlichen Bergarbeiter 206 643; im 4. Viertel 1918 betrug bei einer Gesamtbelegschaft von 317 369 die Zahl der eigentlichen Bergarbeiter nur noch 113 133. Selbstverständlich mußte bei dieser außerordentlichen Verschiebung auch der Leistungseffekt entsprechend zurückgehen. Es kommt noch hinzu, daß gerade die eigentlichen Bergarbeiter von der Einberufung am stärksten betroffen wurden, weil sie meist im besten und kräftigsten Alter stehen. Was an ihre Stelle trat, war kein vollwertiger Erstak. Arbeiter aus allen Berufen wurden angesetzt, aber sie konnten sich selbstverständlich nur nach und nach einarbeiten. Die Bergarbeit muß gelernt werden und sie erfordert weit mehr Kenntnis und Übung, wie die meisten übrigen Arbeiten. Wir sprechen da aus alter Erfahrung. Wo die Leistungsfähigkeit der Arbeiter darunter sabbatierte wurde, mußte der Leistungseffekt selbstverständlich auch in gleicher Masse zurückgehen.

Während der ganzen Kriegszeit wurde zudem alles dran gelegt, um mit möglichst wenigen Kräften eine möglichst hohe Förderung zu erzielen, d. h. es wurde rücksichtsloser Raubbau getrieben. Trotzdem die Gründung immer schlechter wurde, bat man die Arbeiter mit Zuckerrot und Peitsche zum Verfahren von Überschichten angetrieben. In den einzelnen Vierteljahren der Jahre 1913 bis einschließlich 1918 betrug die durchschnittliche Schichtenzahl pro Arbeiter im Überbergamtbez. Dortmund:

1. Viertel	2. Viertel	3. Viertel	4. Viertel	Summa
1913	80	88	85	79
1914	77	77	81	81
1915	84	83	89	86
1916	87	84	89	84
1917	83	81	87	83
1918	82	81	84	78

Diese Tabelle zeigt klar, daß die Bergarbeiter systematisch abgetrieben wurden. In dem bis dahin besten Hochkonjunktur-

jahr 1913 entfielen auf jeden Arbeiter, wenn man auf das Jahr 300 laufende Schichten rechnet, 27 Überschichten. Dabei sind alle Schichten, die wegen Krankheit usw. gefeiert wurden, in Abzug gebracht. Nach Abzug aller dieser Feierschichten entfielen also auf jeden Arbeiter noch 27 Überschichten. Vom 3. Viertel 1914 bis einschließlich 3. Viertel 1918 entfielen auf jeden Arbeiter insgesamt 1429 Schichten, das sind in jedem Vierteljahr durchschnittlich 84 und in jedem Jahr 336 Schichten. Wenn wir auf das Jahr 300 laufende Schichten rechnen, dann entfallen auf jeden Arbeiter, nach Abzug aller Feierschichten, durchschnittlich 36 Überschichten. In dem bis dahin besten Hochkonjunkturjahr 1913 entfielen also bei ausreichender Ernährung auf jeden Arbeiter, nach Abzug aller Feierschichten, noch 27 Überschichten. Während der Kriegszeit aber entfielen auf jeden Arbeiter, bei völlig ungereichender Ernährung, jährlich durchschnittlich 36 Überschichten, nach Abzug aller Feierschichten. An der Arbeitskraft und Gesundheit der Arbeiter wurde mithin während der ganzen Kriegszeit der rücksichtloseste Raubbau getrieben.

Und so ging es natürlich auch mit den Hördereinrichtungen, Grubenbetrieben usw. Technisch und organisatorisch wurde alles systematisch heruntergewirtschaftet. „Immer feste drus!“ Das war die Parole, obwohl dabei alles in Trümmer ging. Die ergiebigsten Flöze wurden zuerst abgebaut, die Vorrichtungsarbeiten blieben immer weiter zurück, die Betriebseinrichtungen, Maschinen, Förderwagen usw. wurden immer mehr heruntergewirtschaftet und konnten nicht erneuert werden. Kurzum, es wurde alles systematisch verwüstet und eine Raubwirtschaftsschlimmer Art betrieben. Und nun, wo die Folgen dieser heiligen Raubwirtschaft in Erscheinung treten, klagt man die Arbeiter an, beschuldigt sie der Faulheit. Das ist eine Insammlung, die sich kaum überbietet läßt.

Die Bergarbeiter aller Richtungen sind sich darin einig, daß sie sich jetzt viel mehr anstrengen müssen, wie in der Vorkriegszeit. Und wenn trotzdem der Leistungseffekt nicht so hoch ist, so liegt das an der heillosen Raubwirtschaft, die während der Kriegszeit getrieben wurde. Die Folgen dieser Raubwirtschaft lassen sich auch so schnell nicht gut machen. Nur nach und nach wird es gelingen, die Ernährung zu verbessern, daß die Arbeiter wieder die frühere Leistungsfähigkeit erlangen. Ebenso steht es mit den Betrieben und Betriebseinrichtungen. Erst wenn die Bergarbeiter wieder die frühere Leistungsfähigkeit erlangt haben und die Betriebe und Betriebseinrichtungen technisch und organisatorisch auf der Höhe sind, wird man mit einem entsprechenden Leistungseffekt rechnen können. Unter diesen Umständen ist es auch grober Unfug, den jetzigen mit dem früheren Leistungseffekt in Vergleich zu stellen.

Hebrigens ist der Leistungseffekt nicht so weit zurückgegangen, wie man es nach Lage der ganzen Verhältnisse annehmen sollte. Am 18. August 1919 sagte Herr Dr. Jüngst in einer Sitzung der Kommission zur Prüfung der Schichtzeit, daß die Hauerleistung im Ruhrbergbau 1913: 2.236 und im Mai-Juni 1919: 1.776 To. pro Schicht betragen habe. Der Unterschied beträgt 20,57 Prozent. Nun ist aber die Schichtzeit für die unterirdische Belegschaft um 17,65 Prozent verkürzt worden. Wenn man das berücksichtigt, dann beträgt der Unterschied nur noch 2,92 Prozent. Nach Abzug der Schichtzeitverkürzung war der Leistungseffekt der eigentlichen Bergarbeiter im Mai-Juni 1919 also nur um 2,92 Prozent niedriger, wie in dem bisher besten Hochkonjunkturjahr 1913. Diese Tatsache stellt dem Fleiß und Gemeinsinn der Bergarbeiter das denkbar beste Zeugnis aus.

Selbst der Volkswirtschaftsleiter des Bergbaulichen Vereins, Herr Dr. Jüngst, sieht hier Leistung und Leistungseffekt gleich. Er redet schlichtlich von Hauerleistung, obwohl der Leistungseffekt der Hauer gemeint ist. Das ist eine Irreführung verwerflicher Art. Und diese Irreführung leistete sich Herr Dr. Jüngst vor einer Kommission, die berufen ist, die Möglichkeit einer weiteren Verkürzung der Schichtzeit zu prüfen. Wenn es etwas am grünen Holze geht, was soll man dann vom dürfen erwarten... Allerdings können mit solchen Tongleuklinsen Tatsachen nicht aus der Welt geschafft werden. Unbestreitbar ist, daß die Bergarbeiter ihre Pflicht so getan haben, daß sie vielen Volkschichten als Vorbild dienen können.

Die freie Beschimpfung der Bergleute veröffentlicht das rheinische Hauptorgan der Zentrumspartei ohne Einschränkung! Die Offenheitlichkeit soll also glauben, im deutschen Bergbau hätten nicht mehr die Beamten die Betriebsleitung, die Akkordarbeit (Gedinge) sei abgehasst, die Bergleute gewonnen die Kohle dort, wo es ihnen „am bequemsten“ ist und noch „drei oder dreieinhalb Stunden“ führen die Belegschaften „bereits wieder aus“. Man weiß nicht, ob man mehr die beispiellose Unwissenheit des Artikelverfassers oder eine ungenierte Dreistigkeit in der Arbeiterverhöhnung bestaunen soll. Seine Bedeutungen sind dreierlei zu erkennen. Was sich vor Monaten in einzelnen Revieren und nur auf einzeln Gedächtnis ereignet hat, das wagt die „Kölnerischen Volksztg.“ der Offenheitlichkeit als Dauerstand vorzutäuschen, nur um die Bergleute zu beschimpfen. Die Absehung von Betriebsleitern, die Abdrosselung der Gedingearbeit usw. ist vor Monaten, als das überdrückte Autoritätsprinzip den längst zu erwartenden jähren Zusammenbruch erfuhr, in den Beiräten, wo die Bergarbeiterorganisationen auch nur einzigermaßen Einfuß auf die Massen gewonnen hatten, nun ganz vereinzelt vorgekommen und irgendwo trat schon wieder Remedy ein. Allerdings dort, wo die Gewerkschaften der „A. B.“, die „allerchristlichsten Werkbündner“ nach einem Borte des Zentrumspartei-Vorsitzenden, die feudalste Herrschaft ausübten, in Oberösterreich dort sind die „Ponde vommer Schei“ am wildesten verzerrten worden. Aber dafür macht „man“ gefällig die „geborenen Herren“ der Bergleute, nach die selbst vor allen Dingen nicht die systematisch niedergehaltene Organisation der Bergleute verantwortlich. Es ist unwahr, wenn gesagt oder gefordert wird, die Bergleute gewannen die Kohle, wo es ihnen „am bequemsten“ ist, es ist unwahr, daß die Bergleute nach „drei

oder dreieinhalb Stunden“ aussahen, es ist unwahr, daß die Akkordarbeit wieder eingeführt werden müßt. Tatsache ist dagegen, daß die Masse der Bergleute sich redlich bemüht, der Kohlennot durch Erhöhung der Förderung möglichst abzuholzen, hier auf Widerstände stoßt, die in dem schlechten Zustand der Betriebsmittel ihre Erklärung finden. Wenn unter hunderttausenden Arbeitern sich auch solche befinden, die dem großen Ernst unserer Wirtschaftslage noch nicht gerecht werden, so ist das kein Wunder. Gibt es denn in den anderen „Ständen“ nicht auch Angehörige, die tadelnswert handeln? Hunderttausende „Volksgenossen“ kümmern sich den Teufel um die Not unseres Volkes, helfen sogar als Schieber und Preiser treiber die Not noch vergrößern, schimpfen dabei auch wohl noch auf die Bergleute, die angeblich nur „drei oder dreieinhalb Stunden“ arbeiten. Gegen eine solche erbitternde Beschimpfung der Bergleute erheben wir den schärfsten Protest! Mit dem Mittel der verleumderischen Beschimpfung der Bergleute wird „man“ sicherlich keinen wirtschaftlichen Erfolg haben. Wenn „man“ etwa glaubt, Parteidienstliche Geschäfte machen zu können, indem man die Regierung anklagt, sie habe durch das Budgetschlüssel der Schichtverkürzung die Kohlennot erzeugt, so gestalten wir uns darauf zu verweisen, daß sich einer Schichtverlängerung die gesamte organisierte Bergarbeiterchaft entgegenstellt, auch die Bergarbeitergewerkschaft, deren Führer parteipolitisch der „Röntgenischen Volkszeitung“ am nächsten stehen. „Man“ erinnere sich gefällig daran, daß in England, wo nach dem Kriege keine politische Umwälzung wie in Deutschland stattfand, doch die Kohlennförderung total und vro Arbeiter bedeutend zurückgegangen ist. Die Kohlennot hat mit der „Form“ der Regierung nichts zu tun, sondern ist die natürliche Folge des während des Krieges getriebenen Raubbauens.

Mit welcher Sachkunde „man“ in dem Kölner Zentrumsblatt über Bergbaufragen leidartig, enthüllt auch folgende vor „man“ ausgemachte Statistik. „Man“ erzählt: Im Jahre 1914 betrug die Kohlengewinnung an Steinkohlen 161 535 224 To., an Braunkohlen 83 946 906 To., an Kohl 27 324 717 To., an Kreiskohle aus Steinkohle 5 918 929 To., an Kreiskohle aus Braunkohle 21 448 600 To., im ganzen 300 294 376 To. Gegenwärtig beträgt die gesamte Kohlennförderung noch nicht ganz 100 Millionen Tonnen.

„Man“ darf sich mit seiner „Sachkunde“ begraben lassen. Die deutsche Steinkohlenförderung betrug 1914 nicht 161,5, sondern 1915 171 Mill. To., die Braunkohlenförderung nicht 83,9, sondern 87,4 Mill. To. Selbst wenn „man“ die Kohl- und Brautzeitproduktion in Rohkohle unrechnet, kommt die Rechnung des „Fachmanns“ in der „A. B.“ noch lange nicht. Seine ganze „Statistik“ ist Rumpf, allerdings darauf gerichtet, die Bergleute als Faulenzer zu denunzieren. Deshalb behauptet „man“ auch, die gesamte Kohlennförderung (die Stein- und Braunkohle) beträgt gegenwärtig nicht ganz 100 Millionen Tonnen. Damit ist doch wohl die verdeckte tatsächliche Kohlennförderung, die 1914 rund 17 Mill. To. betrug, in die „100 Millionen Tonnen“ eingebettet? Die ganze „Statistik“ ist auch ein Zündstoffmonster, bestimmt die Sesschen die Faulenzer zu zügeln. Gegen die Faulenzer erheben wir auch im 20. gemeinschaftlichen Nachdruck die Forderung, daß Stein- und Braunkohle beiderseitig nicht einzeln, sondern die Platten, sich nicht einzufinden, die Bergleute würden sie wieder als bloße Erwerbsmaschinen missbrauchen lassen.

Berhandlungen über die Schichtzeit

Neben die Berhandlungen der Kommission zur Prüfung der Schichtzeitfrage im Ruhrbergbau vom 11. bis 22. August wird uns von einem Teilnehmer noch berichtet:

Bei der ersten Zusammenkunft hatte es den Anschein, als ob die Beobachterin einer Meinung waren, daß ein fertiges Urteil mitbrachten, wo nach die Frage der Schichtzeitverkürzung als erledigt gelten könne; sie trauten nach deren Meinung ebda weiteres abgelehnt werden. Ein energisches Guteckchen der Seiten des Vertreters des Reichsarbeitsministers deckte dann die Herren, daß die Arbeiten der Kommission doch wohl erledigt gesetzt werden müssten.

Der weitere Verlauf ergab dann auch ein erstaunliches Ergebnis, indem zunächst der Arbeitsplan aufgestellt und mit grundfestslichen Fragen festgelegt wurde. Im ersten Teile des Plans wurde von beiden Seiten mit diesem Zahlenmaterial aufgewertet, um die Wirkung der Schichtzeit auf den Gesundheitszustand des Bergarbeiters zu ergründen. Die Feststellungen und die dort geslogenen Lebets, besonders mit den anwesenden Knapphüttenmeistern als Gutachtern, waren sehr lehrreich. Es zeigte sich, daß das Interesse der Knapphüttenärzte nicht in wünschenswerter Weise auf das körperliche Wohlergehen der Knapphüttenmitglieder gerichtet war. So konnten über die Er müdungserscheinungen der Bergarbeiter gar keine Angaben gemacht werden, weil Untersuchungen nach dieser Richtung hin überhaupt nicht stattgefunden haben. Zugegeben wurde, daß die Bergarbeiter größeren Gefahren der Erkrankung ausgesetzt sind wie andere Berufe, so bei Erkrankungen der Atmungsorgane, Magen- und Darmkrankheiten, Rheumatismus und Gichtas. Dann die Berufskrankheiten, wie Augenerkrankungen, Wurmfrankheit, diese nur noch in einzelnen Fällen. Lungentuberkulose und nervöse Krankheiten kommen in anderen Berufen mehr vor.

Lehrreich war auch die Feststellung der sachverständigen Berater, daß die Bergarbeiter während des Krieges bis zum tatsächlichen völligen Zusammenbruch gearbeitet und selbst in katastrophalem Zustande sich nicht krank gemeldet, sondern weiter gearbeitet haben. Gestellt wurde ferner, daß die bisherige Schichtverkürzung um 1½ Stunde günstig auf den Gesundheitszustand der Bergarbeiter eingewirkt hat und eine weitere Schichtverkürzung vom ärztlichen Standpunkt aus wünschenswert erscheint. Nach unserer Meinung kann aus dem Ergebnis der Debatten nur entnommen werden, daß eine Erhöhung der Schichtdurchschnittszeit notwendig ist.

Neben den zweiten Teil des Arbeitsplanes, „technische und wirtschaftliche Gesichtspunkte“, möchte ich sagen, daß ich den Eindruck hatte, als ob uns die Sechsenherren mit Zahlenmaterial totschlagen wollten. Es ist selbstverständlich, daß wir gleiches Material zum Gegenbeweis nicht aufbringen können. Die Sechsenherren hatten ihr Material von dem ganzen Bezirk, während wir nur von einzelnen Seiten berichten konnten. Hier

Freie Bergarbeiter-Beschimpfung

Wie „man“ nicht vorgehen darf, wenn man den Bergarbeitern gerecht werden will, das zeigt ein Leitartikel („Die Kohlennot und die Regierung“) in der Nr. 694 der „Röntgenischen Volkszeitung“ vom 5. September, einschließlich der Kriegs- und Deutsch-Organ der Kriegsheber, Großerbergschiff, steht die Schriftstellerin der linksrheinischen Propagandisten für Deutschlands weitere Verküpfung. „Man“ schreibt diesem sauberem Blatte, wenn die Eisenbahn wieder instande sei, größere Kohlemengen abzuführen, dann müßten auch die Maßnahmen zur Hebung der Kohlennförderung einsehen. Wie „man“ das sieht, geht aus folgendem wörtlichen Auszug aus der „Röntgenischen Volkszeitung“ hervor:

„Die Regierung könnte die achtfündige Schicht beibehalten, sie müßte aber dafür sorgen, daß während dieser acht Stunden wirklich gearbeitet wird und die Bergleute nicht nach drei oder dreieinhalb Stunden bereits wieder aussahen. Ebenso ist es erforderlich, daß die Leitung der Betriebe wieder in die Hände der Beamten gelegt wird, so daß eine Überwachung und ein planmäßiger Abbau stattfindet, während gegenwärtig die Bergarbeiter die Kohle an der Stelle gewinnen, an der es ihnen am bequemsten ist. Auch kommt die Wiedereinführung der Altarbeitsneben der Inneneinführung der Schichtzeit als erste Maßnahme in Betracht. Als weitere Maßnahme der Regierung kommt dann noch ein Streikverbot für mindestens ein Jahr in Betracht. Werden diese Maßnahmen durchgeführt, so wird innerhalb kurzer Zeit die Kohlennförderung so weit gesteigert, daß die Industrie wenigstens halbwegs arbeiten kann und daß nicht Tausende von Leuten in diesem Winter der Gefahr des Erstickens ausgesetzt sind.“

zeigte sich dann allerdings immer das Gegenteil des entworfenen Bildes. Daraus ist zu schließen, daß die Angaben und Zahlen der Bechenherren mit sehr großer Vorsicht zu genießen sind. Die aufgeworfenen technischen Mängel und Mißstände wurden zwar angegeben in den meisten Fällen, aber immer gesagt, daß deren Behebung ins Auge gesetzt sei. Nicht angegeben wollten die Herren, daß während des Krieges Raubbau getrieben sei und daß zurzeit ein solcher Mangel an Förderwagen bestehé, wie von uns angegeben.

Die Förderung, zur Gewbung der Förderung vier Schichten einzulegen, wovon drei Schichten zur Förderung dienen sollen, wird von den Beschenherren pessimistisch beurteilt: Doch waren darüber die Meinungen ungeeilt, daß zur Gewbung der Vollwirtschaft außerordentliche Mittel angewandt werden müssen. Die Verkürzung der Schichtzeit wird von den Beschenherren nur auf die reine Arbeitszeit abgewälzt, wohingegen doch der Einwand von uns, daß durch technische Verbesserungen die Schichtverkürzung zum größten Teil auf die unproduktive Zeit abgewälzt werden kann, die größte Berechtigung hat. Die Leistung wird auch steigen müssen, weil bei kurzer Schicht ein großer Kräfteaufwand möglich ist und auch die Arbeitslust in erhöhtem Maße vorhanden ist. Voraussetzung bei größerer Fördermenge ist natürlich immer wieder die tadellos funktionierende technische Einrichtung, nicht wie heute, wo der Hauer auf einem Haufen Kohlen sitzt und sie nicht fortschaffen kann, weil keine "Beeren" da sind, oder die Lufthäspel kriegen die Wagen im Bremsberg nicht hoch. Die Debatte über die technische Möglichkeit ergab, daß nach unserer Meinung der Sechsstundenschicht nur ein geringer Teil der reinen Arbeitszeit geopfert werden braucht und daß durch drei Förderstufen die Fördermenge bedeutend erhöhen werden kann. Notwendig ist: Rüpführung von Arbeitern, Behebung der Mißstände und dafür Verbesserung der technischen Einrichtungen.

Das Gutachten Klöckners über den volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt brachte trotz seines erschütternden Inhalts nichts Neues. Die Folgen der unsinnigen Kriegswirtschaft und die lange Dauer des Krieges mussten naturnotwendig eine Zerstörung der Volkswirtschaft herbeiführen. Der Appell an die Bergarbeiter, mehr als bisher zu arbeiten, um den Zusammenspruch zu verhindern, ist an die falsche Adresse gerichtet. Wenn dieser Herr nun auch noch weiter sagt, daß er die Einführung des Achtstundentages als den größten Fehler ansieht, dann können wir auch seine Appelle danach werten.

Unsere Anträge zum Ergebnis hatten wir ursprünglich noch weitergebend gestellt. Wir forderten die Einführung der Sechs-Stundenwachdienst am 1. Oktober d. J. Nachdem aber auf die technische Unmöglichkeit hingewiesen war und wir auch eine Einigung ermöglichen wollten, haben wir den Termin auf den 1. Febr. 1920 festgelegt. Zu einer Einigung ist es nicht gekommen, so daß jede Richtung nun ihren Antrag unterbreitet."

Eine völlige Vereinbarung der Parteien wurde also auch nach diesem Bericht nicht erzielt. Aber in wesentlichen Punkten kam es zu einer Einigung, wie wir schon in Nr. 37 der „Bergarb.-Ztg.“ berichteten. Beschlissen wurde, die Regierung zu ersuchen, auf diplomatischem Wege unverzüglich an alle in Betracht kommenden Länder heranzutreten, um die Frage der Sechsstundenöschicht im Steinkohlenbergbau zum Gegenstand internationaler Verhandlungen zu machen. Ferner wurde dem Reichsarbeitsministerium vorgeschlagen, die Kommission in Permanenz zu erklären, um an der Durchführung der für eine etwaige Einführung der Sechsstundenöschicht notwendigen technischen Vorkehrungen mitzuwirken. Im November soll dann die Kommission wieder zusammenentreten, um festzustellen, ob zur Durchführung dieser Maßnahmen die Sechsstundenöschicht ohne Gefährdung der deutschen Volkswirtschaft zum 1. Februar 1920 möglich sein wird.

Oberschlesische Aufstandsbewegung

Ueber die Entstehung und den Verlauf der Russlandbewegung in Oberschlesien veröf fentlicht unser Kamerad Heinrich Käffler in der „Frankfurter Zeitung“ folgender Aufsat

Wöffler in der „Frankfurter Zeitung“ folgenden Artikel:
Der oberösterreichische Aufstand kann in der Hauptzache als niedergeschlagen angesehen werden. An der Grenze ereignen sich aber immer noch kleinere Zusammenstöße zwischen Reichswehrtruppen und Insurgenten, die nach Polen hinübergedrängt wurden oder nach dort geflüchtet sind, so daß mit einer vollen Veruhigung noch nicht gerechnet werden darf.

Es soll nachfolgend unterrichtet werden, wie dieser blutige Aufstand entstanden ist. Um allgemeinen kann der obergeschleifische Arbeiter nicht als Rebellen bezeichnet werden. Um ihn zu positi-

Wie wir befähigt wurden.

Wie Wilhelm II., der „Holländer“, die Sozialdemokratie einst für eine „völkervergehende Erscheinung“ hielt, glaubten die Grubenbesitzer vor 20 Jahren immer noch, unseren Verbund vernichten zu können, indem sie nicht allein versuchten, mit Hilfe der Staatsgewalt der Hydra die Köpfe abzuschlagen, sondern auch die Glieder lassen zertreten werden. Dazu dienten Plakzeigungen, gerichtliche und Kirchliche Verfolgungen, wobei man vor kühnheitlichen Heiraten nicht zurückstand.

Im Frühjahr 1900 reichte der Vorstand unseres Verbandes einige Forderungen, u. a. 15 Prozent Lohnausbesserung beim Bergbausischen Verein ein, auf die dieser gar nicht antwortete; die damals von den Gelehrten beliebte Methode. Unser Verband war für sie Lust; es hatte nicht einmal soviel Bedeutung für sie, daß die Herren den Empfang einer Eingabe bestätigten, gleichweige denn darüber zu verhandeln. Das empörte die alten Mitglieder außs tießt, denn diese souveräne Mißachtung war schlimmer und frönlender wie eine Ablehnung der Forderungen. Dazu kam noch der Spott, den August Baur über diese Behandlung des Verbandes ergoß, obwohl sich dieser Spott ja fastig genau so gegen die Mitglieder des Gewerbevereins richtete wie gegen die Verbändler. In den Zahlstellenversammlungen, soweit solche damals überhaupt stattfinden konnten, führte die verächtliche Behandlung der Gelehrten zu oft erregten Debatten und zur Annahme schärfer Resolutionen, denen aber die Taten nicht folgen lassen.

In einer Mitgliederversammlung der Zahlstelle Eving, deren Ortsverwaltung ich damals angehörte, kam es wegen der Haltung der Bechenherren zu ebenjalls erregten Auseinandersetzungen. Der Stamerod Käppi Bimann verlangte, der Verband müsse den hingeworfenen Gehdehardschuh unbedingt annehmen, ganz gleich, wie der Kampf auslauft. Daß der Einheitszug der Forberungen habe unser Vorstand den Bechenherren gewissermaßen ein Ultimatum gestellt, über das unbedingt verhandelt werden müsse, im Guten oder Bösen. Eine Organisation wie unser Verband könne und dürfe sich eine derartige Behandlung nicht gefallen lassen, wolle sie nicht ganz der Lächerlichkeit verfallen. Schon der Ehre und dem Ansehen des Verbandes halber müsse der Kampf gewagt werden, selbst wenn er von vornherein aussichtslos sei. Für die Haltung des Verbandes gäbe es nur ein Entweder — Oder! Entweder stelle man Forberungen und Lösung für diese mit allen, mit dem letzten Mittel, oder, falls man den Kampf nicht wagen wolle oder drogen könne, unterlässe man auch das. Sielau von Forberungen Rümmermann beantragte schließlich, die Zahlstelle solle beschließen, den Vorstand aufzufordern, den offiziellen Streit zu krossieren.

Diesen Ausführungen trat ich entgegen, nicht als Gewerkschafts-
herr, sondern als eifriger Arbeiter und warnte eindringlich vor dem
Streit. Es sei allerdings richtig, daß das Ansehen des Verbandes
durch diese verdächtliche Behandlung des Bergbaulichen Vereins ungemein
sitzt und daß eigentlich mit einem Streit geantwortet werden müsse.
Würde es sich um eine andere Berufsklasse handeln, würde auch ich
unter diesen Umständen für einen Streit eintreten, unter keinen Um-
ständen aber für einen Bergarbeiterstreit, der schon verloren sei, ehe
er proklamiert wäre. Ich wies auf die Uneinigkeit und den Bruderkrieg
der Bergarbeiter, auf die Schwäche unserer Organisation einerseits
und die Einigkeit und Stärke der Beschenkeren anderseits hin. Dazu
kam noch, daß die Staatsgewalt ohne weiteres gegen uns einschreiten
könnte, was bei Streiks in anderen Berufen weniger zu befürchten sei.

schen Zwecken gebrauchen zu können, muß er wirtschaftlich verhebt werden. Das ist in reichstem Maße geschehen. Schon seit Monaten gab es im öberschlesischen Berg- und Hüttenrevier keinen wirtschaftlichen Frieden mehr. Bald flammtete auf dieser, bald auf jener Grube ein Streik auf, dem sich dann andere Belegschaften mehr oder weniger anschlossen, obgleich die Wohn- und Arbeitsbedingungen zwischen den gewerblichen Arbeiterverbänden und dem Arbeitgeberverband für das öberschlesische Industriegebiet festgelegt sind. Erstmalig kam es zwischen den vorgenannten Vertragskontrahenten am 18., 19. und 20. November 1918 zu unsangreichen Verhandlungen und zu Vertragsabschlüssen, durch welche die wesentlichen Bedingungen für die Arbeiter festgelegt wurden. Es war nicht Schuld der gewerblichen Organisationen, daß es so spät zu solchen Verhandlungen kam. Frühere Vereinbarungen würden die Autorität der Gewerkschaften gehoben und ihren Einfluß auf die Arbeiter gestärkt haben; das wären starke Garantien für die Erhaltung des wirtschaftlichen Friedens gewesen.

und falls die Verwaltungen dies verweigerten, sollten die Arbeiter sofort in den Streik treten. Die Bettel waren mit der gefälschten Unterschrift des Verfassers dieses Artikels versehen. Ein Wochenlanger und sehr erbitterter Streik im Jan. 1919 war die Folge. Er brach zusammen, weil auch diesem Streik die Gewerkschaften ihre Unterstützung nicht leihen konnten. Viel Unheil war aber an der deutschen Volkswirtschaft und an den vom Streik betroffenen Arbeitern und ihren Familien angerichtet.

Nachdem diese Angelegenheit in Vergessenheit geraten war, kamen als Mittel zur Beunruhigung die Beamtenabseizungen. Es ist unbestreitbar, daß sich viele Beamte in der Vergangenheit durch ihr Verhalten bei den Arbeitern sehr unbeliebt gemacht hatten. Die Arbeiter hielten die Zeit für gekommen, mit Vergeltung zu üben. Auch hierbei haben die Gewerkschaften sich einwandfrei benommen. Sie haben den Arbeiternassen auseinandergezogen, daß das früher Geschehene vergessen werden müßte. Beamte, die sich Grausamkeiten halten zuschulden kommen lassen, konnten natürlich die Deckung der Gewerkschaften nicht finden. In seinem Falle, wurden aber die gewaltsamen Entfernungen einzelner Beamter gutgeheissen. Die polnisch-bolschewistische Vereinigung, die sich fälschlicherweise als polnisch-sozialistische bezeichnete, nahm eine entgegengesetzte Stellung ein und beunruhigte dadurch die Arbeiterschaft auf das höchste. Auch wegen dieser Angelegenheit kam es zu erbitterten Teilstreits.

Am 25. und 26. April 1919 fanden erneute Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und dem oberösterreichischen Arbeitgeberverband statt, deren Ziel die Einführung der Siebenstundenschicht für die im unterirdischen Grubenbetrieb beschäftigten Arbeiter war. Die Bergarbeiter hatten auf eine verkürzte Arbeitszeit ein Amtrecht, weil der Achtstundentag allgemein für alle Arbeiter eingeführt war. Die Siebenstundenschicht wurde jedoch für das oberösterreichische Steinkohlenrevier nicht erreicht, sondern man einigte sich zunächst auf die Einführung der Zehneinhaltstundenschicht einschließlich der Fein- und Qualitätsarbeit.

Siebenstundenschicht einschließlich der Ein- und Ausfahrt. Es ist dies so zu verstehen, daß für den einzelnen Arbeiter das Zeitmaß von der Einjahrtszeit bis zur Aussfahrt aus ihr nicht mehr als siebenstündig Stunden umfassen darf. Elemente, die an der fortgesetzten Benruhigung der Arbeiterschaft ein Interesse hätten, wozu auch die polnisch-sozialistische Vereinigung gehört, deuteten diese Vereinbarung so, daß die gesamte Belegschaft ohne Rücksicht auf ihre Stärke innerhalb der siebenstündigen Schichtzeit ein- und ausfahren sei müsse. Das ist eine vollständige Umstellung aller bisherigen Aussteigungen und Weichslüsse nationaler und internationaler Bergarbeiter, Congresse über den Begriff Schichtzeit einschließlich Ein- und Aussfahrt. Die Gewerkschaften hatten zwar die Siebenstundenschicht, wie sie bereits in Westfalen eingeführt ist, gefordert. In den Verhandlungen mußten sie sich aber überzeugen lassen, daß aus technischen Gründen die verkürzte Arbeitszeit nicht in dem geforderten Eilstempo vor sich gehen könnte. Letztrum doch für 66,4 Prozent der unter Tage beschäftigten Arbeiter die ab 1. Dezember 1918 eingetretene Arbeitszeitverkürzung $2\frac{1}{2}$ bis $3\frac{1}{2}$ Stunden. Viele Gewerkschaften wollten, entgegen den getroffenen Vereinbarungen, gewaltsam die Durchführung der Siebenstundenschicht erzwingen. Auch dieserhalb kam es zu billigeren Differenzen, die noch gestiegt wurden, als durch eine Vereinbarung vom 4. Juni 1919 bestimmt wurde, daß ab 16. Juni 1919 eine Rohraufbesserung für die Arbeiter der Steinkohlengruben einzutreten, diese aber nur an diesen gezeigt werden sollte, welche die vereinbarte Schichtzeit von $7\frac{1}{2}$ Stunden unter Tage nach Stunden über Tage einhalten. Zu dem bis dahin gezahlten Lohn sollten folgende Aufbesserungen hinzukommen:

für Männer über 16 Jahre pro Schicht unter Tage	2,- 0 Mark
" " 20 "	über " 1,80 "
" " von 18-20 "	" " 1,40 "
" " 16-18 "	" " 1,00 "
" " jugendliche Arbeiter	unter " 0,80 "
" " "	über " 0,40 "

Die über 16 Jahre alten Frauen sollten die Hälfte der Säge für Arbeiter über Tage erhalten. Die Gewerkschaften konnten sich als Vertragskontrollenten nicht dagegen wenden, daß die Lohnausbesserungen nur an solche Arbeiter gezahlt wurden, welche die vereinbarte Schichtzeit einhielten. Als es dann zur Lohnauszahlung kam und jene Belegschaften, welche zwangsläufig die Siebenstundenschicht anstreblten, mit der Aufbesserung nicht bezahlt wurden, kam es auch dieserhalb zu erneuter Ausregung. Mittlerweile hatte sich unter Mitwirkung der sogenannten sozialistisch-spartakistischen Vereinigung ein „Verband der Klempner Arbeiterschaftsmitglieder“ gebildet, der sich größtenteils aus kommunistisch-spartakistischem Boden bewegte. Durch die

Brigebeten und ununterbrochenen wirtschaftlichen Betrieb.

nlosungszugaben haben ließen, hielt auch er für richtig, denn sie würde
es nichts nützen. Zwei weitere Rechtsanwälte lehnten ebenfalls ab,
durch Harde erhöhtes Honorar anbot! Es schien uns aussichtslos,
in Dortmund einen Verteidiger zu bekommen und so begaben wir uns
lieber auf den Weg nach Ebing. Am Burgtor lehnten wir noch ein,
und da Harde den Wirt gut kannte, trug er diesem unsere Sache vor.
er bewies uns an einen jungen Rechtsanwalt namens Frank, der
ine Praxis eben aufgenommen habe und sich vor dem Teufel nicht
fürchtete. Wir suchten diesen auf und hatten Glück. Frank übernahm
eine Verleidigung und führte sie gut und tapfer.

ruch ihrer „Gerechtigkeit“ zu unterwerfen. Die Verhandlung fand vor
r II. Staatskammer des Landgerichts Dortmund statt. Etwa 20 bis
30 Kameraden der Bahnhof Eving begleiteten mich in den Gerichtssaal,
in ich mit dem Gesäß ehrfurchtsvoller Scheu betrat, das sich bei
Vorwissenheit steigerte, als man mich in die Anklagebank sperrte.
Zwei Sünden in Sträflingskleidung. Das Gericht war abgetreten,
ein großer Kreuzifix auf dem Richtertisch, die fünf leeren Stühle dahinter
wurden den Sitz der Themisjünger, d. h. der „Gerechtigkeit“ an. Dies
er meiner Anklagebank saßen die Rechtsanwälte, darunter auch Frank
meine Verteidigung führte; gegenüber saß der Staatsanwalt, all
seiterlich schwarzem Talar. Der Zuhörerraum war überfüllt. Keiner
alle Herrsche, alles voller Verdacht. Aus dem Beratungszimmer drangen
nun und wann einige Laute in den Gerichtssaal. Man hörte, wie die
richter vor das „Recht“ suchten und ihren „Wahrspruch“ fälschten gegen
Sünder, der neben mir saß. Mir war alles das neu und fremd.
so lebhafter ließ ich meine Augen im Gerichtssaal umherschweifen
und stellte Betrachtungen an. Ich saß im Gerichtssaal alles genau so
wie es Leo Tolstoi in seiner „Auferstehung“ geschildert hat, und doch
sind ich mich in Dortmund im Gerichtssaal und nicht in Russland
die ehrfurchtsvollste Scheu wisch sehr bald und an Stelle der Be-
mommenheit trat das Gefühl der Wurstigkeit, denn je mehr ich mich
Gerichtssaal umsah, um so komischer kam mir das alles vor. Ich
achte nur noch an die von Tolstoi in der „Auferstehung“ geschilderte
gerichtsverhandlung, an die Richter, die vor Langeweile gähnten und
während der Gerichtsverhandlung die Fingernägel reinigten, an
den Vorsitzenden, der sich für 1 Uhr seine Liebste bestellt hatte und alle
zur Minuten nervös nach der Uhr schaute. Horde und Jungesblut
wurden nochmals an die Anklagebank und sprachen mir Mut zu. Es
war nicht mehr notwendig, denn ich besaß schon mehr „Mut“, als seit
ich gut war. Endlich erschien das Fünfmännerkollegium im Gerichts-
saal, nahm die Plätze hinter dem großen Kreuzifix ein und der Vor-
sitzende verkündete im Namen des Königs“ sitzt Recht, daß mein Neben-
mann mit sechs Monaten Gefängnis bestraft sei. Er wurde abgesühlt
und dann kam die Reihe an mich. Es folgte die Verlesung der Perso-
nen, wobei das „noch unbefristet“ besonders betont wurde, dann
Anklageschrift, wonach ich „hinterhaltend verdächtig“ erschien, das
ware Verbrechen der Polizeiabteilung begangen zu haben. In
einer Befreihung schilderte ich stehend, ohne Besangenheit, den gan-
zen Gang der fraglichen Versammlung und wiederholte wörtlich, was
gesagt hatte und begründete meinen Standpunkt zum Streit sowie
Schlagerei in Petrie noch eingehender. Der mit zur Last gelegte
ist sei purer Unfug, würde ich ihn in der Versammlung ausgesprochen

gungen hätte man die oberschlesischen Arbeiter so weit gebracht, daß diese Obleute im Einvernehmen mit der polnisch-sozialistischen Vereinigung es glaubten wagen zu dürfen, Forderungen rein politischer Art erheben und die Bergarbeiter dafür in Bewegung bringen zu können. Vor allem wurde die Entfernung solcher Arbeiter aus der Belegschaft gefordert, die im oberschlesischen Freiwilligenkorps gestanden, also zum Grenzschub siebart hatten. Als dieses Freiwilligenkorps vor wenigen Wochen aus Rücksicht auf die Tatsache, daß Oberschlesien bald von Truppen der Entente besetzt würde, aufgelöst wurde, konnten die Arbeiter und Beamten keine Beschäftigung erlangen, weil sich die aufgehetzten Arbeiterscharen gegen sie wandten und im Hause der Einstellung mit Streik drohten. Einzelne Verwaltungen gingen dann mit Entlassungen gegen jene Arbeiter vor, die sich ins Bordertreffen bei der Agitation gegen die Einstellung der vom Freiwilligenkorps gekommenen Arbeiter und Beamten gesellt hatten. Nun beriefen die Obleute der Arbeiteranschlässe Konferenzen ein, worin sie die restlose Einstellung der entlassenen Arbeiter verlangten, sich aber mit alter Schärfe gegen die Einstellung der früheren Grenzschubleute wandten. Ferner sollte der Verband der Obleute als verhandlungsfähige und vertragberechtigte Vereinigung anerkannt, sowie dem Verstand Bureauäraum und Bureauinventar zur Verfügung gestellt und vier oder fünf dieser Obleute fest bestellt werden.

Die Staatsautorität erforderte, daß sich der Reichskommissar gegen die aufgestellten Bedingungen wandte. Es fanden ansgedehnte Verhandlungen zwischen den Organisationen und den Obleuten einerseits und dem Beauftragten des Staatskommisars anderseits statt, wobei eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Die Obleute hielten sich stark genug, alle Bedingungen durchdringen zu können. Daraus hatten sie sich natürlich getäuscht. Der Beauftragte des Staatskommisars hatte bestimmt versichert, daß, wenn der inzwischen ausgebrochene Streik aufgehoben würde, er bereit sei, dafür einzutreten, daß die entlassenen Arbeiter wieder eingestellt werden sollten. Hierauf gingen die Obleute nicht ein. Nachdem die Einstigungsversuche somit gescheitert waren, erklärten die Gewerkschaften in einer Entschließung: der Streik wird von keiner der Gewerkschaften geführt, gilt als wilder Streik, hat also keine Rechtfertigung und muß sofort beendet werden.

Auch die Nationalsozialen hatten in dauernder Beunruhigung der Arbeiterscharen und Beeinflussung in polnisch-nationalistischem Sinne mitgewirkt. Von dieser Seite wurden Versuche verbreitet, die nur in einem pathologischen Gehirn entstehen konnten. So behauptete der nationalpolnische Führer Ruziczyk Czaplak in einem Schreiben vom 27. März 1919, ihm sei bekannt geworden, daß ein Generalstreik ausbrechen sollte, dessen Ziel die Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland sei. In diesem Falle dürfte kein Arbeiter zur Grube kommen. Wer sich über bereit erklären sollte, die Arbeit aufzunehmen, ließe Czaplak, dieserhalb vom Grenzschub erschossen zu werden. Dies ist den Arbeitern von Grubenbeamten verboten worden. Ein anderes Mal behauptete der selbe Herr, daß der oberschlesische Arbeitgeberverband gemeinsamlich mit den Spartakisten im Polizeipräsidium in Katowice gefangen und dort selbst befreit habe, falls durch den Friedensvertrag Oberschlesien dem polnischen Staat zugesprochen würde, alle Gruben und Hütten gewaltsam zerstört, alles verfügbare Eisenbahnmaterial vernichtet bzw. abtransportiert werden sollte. Es braucht nicht besonders versichert zu werden, daß dies nur Phantasten eines an Frankheit Unwahrschafftkeits neuernden Geistes sind. Seit November 1918 hatten die Nationalsozialen mehr denn ein durchaus bestimmte Tage angegeben, an welchen sich der Übergang Oberschlesiens an Polen vollziehen sollte. Dieses Ereignis war natürlich nie eingetreten, und die nationalpolnisch verdeckten Massengläubigen schon bald nicht mehr an sein Eintreten. Daß der Übergang Oberschlesiens an Polen sich noch nicht vollzogen hat, lag natürlich am Grenzschub.

Als der von spartakistisch verdeckten Obleuten mit mehr oder weniger Gewalt initiierte Streik losbrach, hielten auch die nationalpolnisch verdeckten Massen ihre Zeit für gekommen, um sich der Gewalt in Oberschlesien zu bemächtigen. Sie gingen ihren Führern durch die Zügel, ergrißen die Waffen und der blutige Aufstand war da. Verantwortlich für das auf beiden Seiten verdeckte Plan und für die harten Gefängnisstrafen, die jetzt über die gesetzten Führer verhängt werden,

hätte ich „das Ohr des Gauß“, und selbst die Richter folten mir so aufmerksam, daß sie keine Zeit fanden, ihre Fingernägel zu reinigen. Der Vorsitzende fand meine Ausführungen „sehr vormittig“, auch „logisch richtig“, sogar „sehr wahrscheinlich“, wahrscheinlicher, wie die Anklage sie enthielt.

„Warum haben Sie keine Zeugen angegeben, die das bestätigen können, was Sie uns soeben vorgetragen haben?“ fragt er. Darauf erklärte ich mit sefer Stimme und besondere Bedeutung:

Herr Vorsitzender! Hier im Gerichtssaal befinden sich mehr als ein Dutzend Männer, die unter Eid befinden würden, daß ich so und nicht anders geprägt habe. Dennoch verzichte ich auf ihre Vernehmung, denn ich bin überzeugt, daß Herr Vorsitzender den Unschuld bejahen wird, den er in dem Bericht niederge schrieben hat, obwohl er selbst weiß, daß er die Unwahrheit beschwört! Meinen Zeugen würde man, das bestreite ich, nicht glauben, würde sie vielmehr meinredig machen! Das würde dann den Einen Meinidsprozeß in zweiter und größerer Ausföhrung bedeuten. Es sei genug mit einem Opfer eines Meinids!“

Der Staatsanwalt sprang auf und beantragte gegen mich eine eternale Strafhaftstrafe, wozu mein Rechtsanwalt entschieden Einspruch erhob. Die Richter unterhielten sich einen Augenblick leise untereinander, worauf der Vorsitzende mich scharf verwarnte. Von einer Strafhaftstrafe habe das Gericht abgesehen, doch untersagte es mir die Wiederholung einer derartigen Behauptung.

Vorsitz soll vertreten! Mit festem, sicherem Schritt trat der General vor den Richterstuhl militärisch stramm und defamante auf, gefordert den Einleitungsprolog zu seinem Meinid: „Ich heiße Vatschit, bin Gendarm, 42 Jahre alt, evangelisch, mit dem Angestammten nicht verwandt noch verschwägert“ und schwor dazu bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß ich genau den Unsum gefragt habe, wie er ihn niedergeschlagen habe. Von Rechtsanwalt und von Vorsitzenden mit Fragen bestürzt, zog er seine Handschellen aus, auf die er in jener Versammlung seine Notizen aufgeschrieben habe! Der Mann verstand das Schwören. Aber schon zwei Jahre später hatte er sich festgeschworen. Ein großer Meinidsprozeß gegen eine Anzahl Eingringer Männer und Frauen war bereits auf seinen Eid hin eingeleitet, als sein Antikollege, Gendarm Schmidt, ihm den wissenschaftlichen Meinid in mehreren Fällen anzeigte, und, um dem Buchthaus zu entgehen, er sich mit seinem Dienstrevolver. So stützte diese Ordnungsfürde!

Der Staatsanwalt beantragte gegen mich drei Monate Gefängnis. Wenn ich auch gegen einen Streik gesprochen habe, so doch nur, weil ich klug genug sei, um zu wissen, daß wir bei einem Streik unterlegen wären und uns blutige Köpfe geholt hätten. Jovisello habe ich mich so ausgedrückt, wie Vatschit befunden habe und zwar absichtlich, um die Bergarbeiter gegen die Polizei aufzurütteln. Die Bekämpfung sei besonders schwer und ich sei mit der Tragweite meiner Worte wohl behaftet gewesen; sei überhaupt sehr redigewandt und habe mich absichtlich in dieser Form ausgedrückt. Das Gericht verurteilte mich zu einem Monat Gefängnis, den ich im Amtsgerichtsgefängnis zu Dortmund und an der Schiebklare auf der „Kremnburg“ verbringen mußte. Als ich die Anklagebank verließ, ahnte ich nicht, daß ich noch ein volles Dutzend Jahre diese betreten mükte! Am 1. Mai 1901 wurde ich als Strafgefangener von der Polizei nach der Kaiserstraße gefesselt durch Dortmund zum Landgericht geführt, wo ich als Zeuge in einer Strafsache gegen meinen Freund und Genossen Anton Breidenbach vernommen werden sollte, in dem Vatshit ebenfalls schwören mußte. Nach Verhörung meiner Gefängnisstrafe erfolgte meine Maßregelung auf Minister Stein. Vatshit hatte mich tatsächlich ins Gefängnis hinein- und aus Eting herausgeschworen, aber den Verband hatte er damit nicht belohnt.

Johann Neimpeters.

finden die Spartakisten und polnischen Nationalisten, die systematisch die Gewerkschaften aufgestachelt haben.

Die polnische Regierung ließ zwar erklären, daß sie mit diesem Aufstand nichts gemein habe. Fest steht aber, daß sich politische Offiziere und Legionäre an den Kämpfen beteiligten. Es sind selbst Angehörige polnischer Truppenteile in Gefangenenschaft geraten. Einige hundert Bürger deutscher Nationalität, die von den Aufrührern über die Grenze nach Polen vertrieben wurden, sind von den dortigen Bewohbern nach Kraslau transportiert worden. Diese Tatsachen lassen, wenn nicht direkte Vergleichung, dann aber doch stilles Sympathisieren der polnischen Machthaber mit den Aufrührern vermuten.

Bisherig ist die Kluft im Revier wieder so weit hergestellt und Arbeitsaufnahme jenseit erweitert, daß der verschärfte Verlagsaufwand und das verhängte Standrecht aufgehoben werden konnten. Hoffen wir, daß neue Beunruhigungen durch Streiks und Aufrührer nicht mehr entstehen. Das ist einmütiger Wunsch aller derjenigen, welche die Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland anstreben.

Vor der Entscheidung.

Erhöhung der Teuerungszulagen und der Knappheitsrenten im Allg. Knappheitsverein Bochum.

Endlich haben sich die Herren Werksvertreter des Allgemeinen Knappheitsvereins Bochum bereit erklärt, einer Rentenerhöhung sowohl für Invaliden wie Witwen zuzustimmen. Auch ist der Bergbaukliche Verein bereit, die bisher gewährten Teuerungszulagen zu verdoppeln. Es ist aber auch die höchste Zeit, daß für alle die Armen, die mit den höchsten Renten kaum ihr Leben fristen könnten, etwas getan wird. Die Rentenerhöhung, die eintreten soll, wird zwar so manchen Rentenempfänger noch nicht befriedigen, doch gemeinsam an den Erhöhungen in anderen Knappheitsvereinen, kann man getrost behaupten, daß sie sich schon lassen kann.

Nach langwierigen Verhandlungen und Besprechungen fand wiederum am 10. Sept. eine Versammlung der Organisationsvertreter mit den Werksvertretern, sowie dem Zahlungsausschuß und der Personalkommission in Dortmund statt. Die Herren Werksvertreter erklärten sich dort vereit, für einen Steigerungssatz von monatlich 2 Mark einzutreten, auch dafür, daß der Bergbaukliche Verein die Teuerungszulage verdoppelt. Nur einen höheren Steigerungssatz seien sie nicht zu haben, da selbst das Handelsministerium ein Schreiben an das Oberbergamt gerichtet habe, nach welchem wohl von der Regierung darauf gedrängt wurde, die Teuerungszulagen zu erhöhen, aber von weiteren Rentenerhöhungen abgesehen werden sollte. Kommerzrat Witzmann stellte seit, daß in der Verhandlung mit dem Reichsverkehrs- und Reichswirtschaftsminister, wo auch ein Vertreter des Handelsministers aufwies, war, am 3. und 6. August in Berlin die Frage, wie die Förderung zu erledigen sei, beantwortet wurde. Bei dieser Gelegenheit hat Kommerzrat Witzmann darauf hingewiesen, daß, wenn man andere Werksvertreter zur Bergarbeit heranziehen, es verhindert wolle, daß die Bergarbeiter die Grubenarbeit verlassen, unbedingt dafür gesorgt werden müsse, daß die Knappheitsrenten erhöht würden. Er verriet mir aller Energie den Standpunkt, daß nicht allein durch Zuerungsmaßnahmen, die doch nur den jungen Industriearbeitern zugute kommen, geholfen werden müsse, sondern eine Rentenerhöhung, die nicht zu klein berechnet werden dürfe, sei das Mittel, um die Bergarbeiter bei der Arbeit zu halten und neue Arbeitskräfte vom Bergbau zuzuführen. Die Regierungsveterin ließen auch dort durchdringen, daß sie sich den Gründen, die Kommerzrat Witzmann vorwarf, nicht versetzen lernten. Es fanden nun, wie vorher vermerkt, verschiedene Sitzungen und Besprechungen mit den Vertretern des Allg. Knappheitsvereins statt. Nach langer Diskussion brachte die letzte Sitzung am 10. September eine Einigung dahin zu, daß der Steigerungssatz für die Invalidenrente für jeden geleisteten Monatsbeitrag 3 M. betragen soll. Dies wären nach 25 Betriebsjahren 75 Monatsrente gegen 36,90 M. nach dem heutigen Stand. Die Witwenpassion sei 60 Prozent der Invalidenrente beitragen oder monatlich einen Steigerungssatz von 1,80 M. Die Beihilfe für arbeitslose Weisen wird auf 6 M. und für arme und unarbeitslose Weisen auf 12 M. festgesetzt. Das Sterbegeld für Invaliden nach § 36 der Zahlung soll mit bis zu 75 M. 125 M. betragen. Die höchste Teuerungszulage sei zu verdoppeln und die Verdünnungsgrenze bei Invaliden auf 120 M., bei Witwen auf 70 M. heraufgesetzt. Die Erhöhung der Renten soll mit dem 1. Oktober und die Verdopplung der Teuerungszulagen rückwirkend ab 1. September 1919 in Kraft treten.

Die Kameraden können überzeugt sein, daß es sehr schwer ist, die Werksvertreter dazu zu bewegen, diese Forderungen zu unterstützen. Nur der Hinweis auf den Ernst der Lage und daß die Bergarbeiterorganisationen unter keinen Umständen von diesen Forderungen abweichen könnten, brachte es endlich dahin, daß auch die Werksvertreter bereit waren, in der Verhandlung des Allg. Knappheitsvereins für die Verbesserungen einzutreten. Sie stellten aber die Bedingung, daß dann einzweilen von anderen Forderungen Abstand genommen werden müsse, da doch in nicht zu ferner Zeit das ganze Knappheitsvereinreichsgefecht geregt werde. Da am 11. Sept. schon die Vorstandssitzung stattfand, ersuchten die Werksvertreter die anwesenden Vertreter der Organisationen, bis zum gleichen Tage mitzutun, ob sie bereit seien, einzweilen weitere Wünsche und Forderungen zurückzustellen. Am Tage der Vorstandssitzung, also am 11. Sept., lief ein Schreiben des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter beim Allg. Knappheitsverein ein, in dem dieser die Erklärung abgab, daß er mit den Rentenforderungen einverstanden sei, aber noch darauf bestehe, daß die freie Bergarbeiterwahl und die Verhältniswahl für die Knappheitsältesten eingeschlossen werden, die die Knappheitsältesten denkt, denn die Sache ist nicht einfach, da die Knappheitsältesten in ihrem Sprengel wohnen müssen, doch wird sich auch hierüber eine Einigung finden lassen. Was die sechs Bergarbeiteranstalten anbelangt, so ist dieselbe unter dem 14. März d. J. von den vier Bergarbeiterorganisationen allgemein gefordert worden und zwar in einer Erklärung der Schaffung des Reichsbergbaugesetzes und eines Reichsknappheitsvereins. Auch mit der Verhältniswahl wäre es am besten, wenn sie im Gesetz fixiert würde, so daß für alle Knappheitsvereine die Verhältniswahl stattzufinden hätte. Doch muß das erst der richtige Untergrund gestellt werden, was den Organisationen vorbehält bleibt.

Die Invaliden, Witwen und Weisen erwarten mit Sehnacht die Aufhebung ihrer Beiträge. Wegen kleiner Fragen darf die Rentenerhöhung nicht in den Wind gefasst werden. So schnell wie möglich muß sie eingehen. Es steht deshalb zu hoffen, daß wegen der Bergarbeiterwahl und der freien Bergarbeiterwahl nicht noch große Schwierigkeiten entstehen und dadurch die Rentenempfänger noch länger auf Erhöhung ihrer Beiträge warten müssen. Die Regierung möge sich stets, daß Reichsbergbaugesetz Zustande zu bringen, damit ein Reichsknappheitsverein, in dem den Forderungen der Bergarbeiter auf weitere Knappheitsreformen Kenntnis geben, geschaffen wird. Invaliden, Witwen und Weisen seien schon zu lange auf, als daß man wegen einzelner Fragen die Rentenerhöhung noch hinausschieben kann.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Gefängnis für verbotene Ausfuhr von Getreide.

Das Reichsernährungsministerium enthielt:

Bekomme die der letzten Zeit haben gezeigt, daß unverantwortliche Elemente vor der schlechten Ernährungslage des deutschen Volkes den ungünstigen Stand der deutschen Wirtschaft ausnutzen, um sich durch Verkauf von Getreide nach Ausland zum Nachteil der Volksgesellschaft zu bereichern. Dieses Getreide wird damit dem inländischen Verbrauch entzogen. Darüber hinaus muß das deutsche Volk für das ausländische Getreide, das es als Ertrag einzuführen gedenkt, den betroffenen Auslandspreis zahlen. Der Regel nach liegt in solchen Getreidebeschaffungen, sowie es sich um beschlagwährtiges Getreide oder beschlagabzogene Getreideerzeugnisse handelt, eine nach der Reichsgetreideordnung statutarische Handlung vor. Außerdem ist die verbotene Ausfuhr nach den allgemeinen Strafverschriften über Zuvielverhandlungen gegen Ausfuhrverbote strafbar. Die Verantwortlichkeit, die sich in solchen aus Gewinnsucht hergehenden Verhandlungen von Getreide nach dem Ausland zeigt, verlangt aber eine besondere schrake Verurteilung.

Der Reichsernährungsminister hat daher durch Verordnung eine Gefängnismindeststrafe für solche Fälle festgesetzt. Die neue, im Reich-

gesetzblatt Nr. 164 veröffentlichte Verordnung droht Gefängnis nicht unter einem Monat an für den, der es unternimmt, ohne Erlaubnis der zuständigen Behörde Getreide (Brotgetreide, Gerste, Hafer), Hülsenfrüchte, Bischweizen oder Erzeugnisse irgendwelcher Art, die aus diesen Früchten hergestellt sind, besonders also auch Weiz, Roggen usw., aus dem Reichsgebiet auszuführen. Neben der Gefängnisstrafe ist Geldstrafe und Einziehung der Waren, deren Ausfuhr versucht wird, vor- gesehen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

„Leipziger Volkszeitung“ gegen die Gewerkschaftszerstörer.

Im Anschluß an einen aus der „Freiheit“ abgedruckten Artikel über die Gewerkschaftsfrage liest die unabhängige „Leipziger Volkszeitung“ ihren eigenen Parteifreunden recht unvorteil die Lebten:

„Auch in Leipzig sind Bestrebungen im Gange, die Gewerkschaften nach syndikalisch-kommunistischer Methode zu zerstören, Bestrebungen, denen im Interesse der Arbeiterklasse und ihres revolutionären Kampfes nicht scharf genug entgegengesetzt werden kann. Die Macher dieser neuesten revolutionären Taktik sind entweder Novemberrevolutionären, die ihre „revolutionäre Energie“ beweisen zu müssen glauben, oder es sind untreue Köpfe, die mit den elementarsten Mitteln der Arbeiterbewegung noch nicht im getringen vertraut sind. Leider muß gesagt werden, daß solche Wirkköpfe auch in der Unabhängigen Sozialdemokratie sitzen, die da vermeinen, nichts Besseres tun zu müssen, als der geschlossenen Kampffront der Unternehmer eine gewerkschaftlich zerstörte Kampffront zu verordnen, die Arbeiter und Angestellte entgegensetzen, statt alle Kraft darauf zu verwenden, die Arbeiterklasse mit sozialistischer Erkenntnis zu erfüllen und sie so zu einer einheitlichen Kampffront zusammenzuweichen. Vor diesen Wirkköpfen kann die Arbeiterschaft nicht laut genug gewarnt werden, möglicherweise auch sonst kein wer sie wollen.“

Wie vergeblich übrigens ihre Bemühungen sind, beweist ja die ständige Annahme der Gewerkschaften an Mitgliedern, beweist auch die gesunde Erkenntnis der Arbeiter selbst, die sich in der Praxis um diese syndikalistischen Methoden den Teufel scheren.“

Wir haben die gleiche Verabsicht gemacht, wie die unabhängige „Leipziger Volkszeitung“ und können unseren Verbündeten nur antworten, die hier gebrauchten Wirkköpfe überall auf Herz und Nieren zu drücken und ihnen ihr arbeitschädigendes Treiben zu legen.“

Internationale Rundschau.

Kaliarbeiterstreik in Ober-Sachsen.

Über den Kaliarbeiterstreik im Oberharz wird dem „Vorwärts“ vom 9. September berichtet:

Roch funktionalistischer Dauer ist der Kaliarbeiterstreik im oberharzischen Kaligebiet durch eine Verhandlung vor dem Generalkommissar Millerand in Straßburg unter folgenden Bedingungen beendet worden:

Die anwesenden Vertreter des Bergarbeiterverbandes, des Gewerkschaftsrates Mühlhausen und des Landesverein der Gewerkschaften von Elsen und Voerde erkennen an, daß der Vertrauensmann der Kaliarbeiter, Noll, durch sein Vorgehen seine Besitzungen überschritten hat. Er wird nicht mehr der Vertrauensmann des Bergwerkes für die Beziehungen der Arbeiter und des Syndikats mit der Bergarbeiterstktion sein, außer, wenn dieselbe Noll wieder erneut ernannt. Die Arbeiter verachten sie, das darin liegt, daß sie zu sorgen, die Überschreitungen in Zukunft nicht mehr vornehmen. Die Unterzeichneter erkennen weiter an, daß die Direktion berechtigt war, Wissgkeit zu verhindern, solche Gewerkschaften zu trennen und erblicken in der Wiederanstellung des Noll, die in einer anderen Bergwerkgruppe acht Tage nach Wiederaufnahme stattfinden wird, ein Entgegenkommen der Bergarbeiterstktion.

Unterzeichnet ist diese Erklärung von den Vertrauensleuten der Arbeiterschaft, der Bergarbeiterstktion und dem Vertreter der elstassischen Sozialdistanzierung der Französischen Regierung.

Am 4. September haben die Maschinen, Heizer und Schlosser die Arbeit angenommen. Die allgemeine Betriebsaufnahme geschieht erst, wenn die Kaliarbeiter sich mit dem von der Direktion vorgelegten Tarifvertrag einverstanden erklären, so hat eine in Burghausen stattgefunden Versammlung der Streikenden beschlossen. Diese Versammlung hat auch 20 Arbeiter bestimmt, die vor Wiederaufnahme des allgemeinen Betriebes zur Wasserförderung bestimmt sind. Diese Arbeit allein übersteigt einige Wochen in Anspruch nehmen, da der Wasserstand in den Kaligruben nicht mehr vorkommt. Mit Genugtuung konstatiert die Streikleitung, daß es den Grubenbetreibungen trotz Aufstellung von Polizei und Polizei nicht gelungen ist, die Organisation der Arbeiter zu vernichten, wie es die Pflicht gewesen ist. Troch Aufstellung des Streiks wütet die Pechzettel nach ganz unheimlich gegenüber dem Arbeiterorgan „Der Revolutionär“. Auf seiner ersten Seite wollte es einen Artikel über das Vorgehen der Gendarmerie im Kaligebiet veröffentlichen, aber das Artikel ist bis auf die Titelseite „Gendarmerie-Soldaten im Kaligebiete“ aus gestrichen worden; ein großer weißer Fleck zieht die rechte Seite des Blattes. Das der Aufstellung des Streiks hält über die elstassische Arbeiterstktion fest an ihrer Forderung der Verstaatlichung des Kaligebietes.

Gegen die Massenausweitung deutscher Arbeiter, die vom Generalstab auf den 15. September angelegt ist, erhebt die ganze elstassische Arbeiterstktion protest und wird es nicht mehr darin vertreten. Der elstassische Protest beweist, nicht nur weil es sich um deutschen Arbeiter handelt, sondern weil auch Arbeiterschaftsnotizität über die deutsche Grenze abgeschoben werden, wenn sie bis dahin keine Arbeitsgelegenheit gefunden haben. Das Zentralomitee des französischen Gewerkschaftsbundes hat der Landeskunst elstassischer Gewerkschaften die weitgehendste Unterstützung in diesem Kampfe zugesagt.

<p

